

Ausgabe 4.2009

klartext

Magazin der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Nach der Bundestagswahl

Titel – Nach der Bundestagswahl –

Mitten im Bundestag	3
Etwas grundsätzlich ändern	4
Ein Stück FDP-Sozialismus?	5
Was folgt dem Erfolg?	6

Themen

Das Schicksal der Kommunen	8
Was lange währt, ...	9
Von Himmel und Dächern	10
Lesen verpflichtet	11
Hans-Jochen Tschiche zum 80. Geburtstag	12
Chile 1989	13

Kolumne

Erste wirklich „Große Koalition“	14
----------------------------------	----

Satire & Termine

Abgeordneter v. Aktenrath	15
---------------------------	----

Buchtipps

|16

Nach der Wahl ist vor der Wahl

■ Liebe Leserinnen, liebe Leser, das Superwahljahr 2009 ist nicht vorbei. Noch immer finden Kommunalwahlen im Zuge der Kreisgebietsreform statt – so zieht Dagmar Zoschke als OB-Kandidatin in Bitterfeld-Wolfen in die Stichwahl am 22. November 2009. Nach den Europa- und Kommunalwahlen im Juni dieses Jahres folgte die Bundestagswahl – mit dem für DIE LINKE hervorragenden Gesamtergebnis von 11,9 Prozent insgesamt und 32,4 Prozent in Sachsen-Anhalt. DIE LINKE ist damit als Opposition im Bundestag gestärkt und unter Schwarz-Gelb auch bitter nötig. Kraftreserven für Wahlkämpfe sind dennoch vorhanden bzw. haben Reserven auch immer etwas mit deren Einteilung zu tun. So hat der Landesparteitag Mitte November in Magdeburg bereits die Weichen für den Landtagswahlkampf gestellt. Mit großer Mehrheit haben die Delegierten beschlossen, dass DIE LINKE 2011 den

politischen Wechsel in Sachsen-Anhalt erreichen will. Dazu gehört auch das Ziel, als möglichst stärkste Partei eine neue Regierung auch zu führen. Alle in der Partei sind nun aufgerufen, an einem überzeugenden und realistischen Wahlprogramm zu arbeiten.

Die Wahlkämpfe vorzubereiten und den Landesverband in Abstimmung mit der Fraktion in dieser wichtigen Zeit zu führen, obliegt dem gerade im Amt bestätigten Landesvorsitzenden. Matthias Höhn erreichte in Magdeburg 84 Prozent der Delegiertenstimmen. Ihm zur Seite steht ein frisch gewählter Landesvorstand mit bewährten Genossinnen und Genossen – sowohl erfahren aus vorangegangener Vorstandsarbeit als auch aus der Arbeit in den Kreisverbänden und Kreistagsfraktionen.

Für den KLARTEXT gratuliert
Anke Lohmann

**DIE FRAKTION DIE LINKE. IM BUNDESTAG
Die Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt**

Dr. Petra Sitte – Direktmandat im Wahlkreis 73
stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Mitglied des Fraktionsvorstandes
Leiterin des Arbeitskreises III Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
Sprecherin Bereich Forschung und Technologie

Jan Korte – Direktmandat im Wahlkreis 72
Mitglied des Fraktionsvorstandes
Leiter des Arbeitskreises VI BürgerInnenrechte und Demokratie

Katrin Kunert – Direktmandat im Wahlkreis 67
Mitglied im Arbeitskreis I Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport
Sprecherin Bereich Kommunalpolitik, Sprecherin Bereich Sportpolitik

Harald Koch – Direktmandat im Wahlkreis 75
Mitglied im Arbeitskreis II Wirtschaft, Finanzen, Steuern, Energie und Umwelt
Mitglied im Arbeitskreis VII Internationale Politik

Dr. Rosemarie Hein – Direktmandat im Wahlkreis 70
Mitglied im Arbeitskreis III Innovation, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Medien
Sprecherin Bereich Allgemeine Bildung

Roland Claus – Landesliste Sachsen-Anhalt
Mitglied im Arbeitskreis I Haushalt, Ostdeutschland, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Petitionen, Verkehrs- und Kommunalpolitik, Tourismus und Sport

Der Linksfraktion gehören 76 Abgeordnete – 40 Frauen und 36 Männer – an, Fraktionsvorsitzender ist Dr. Gregor Gysi.

www.linksfraktion.de

Impressum

klartext
Magazin der LINKEN in Sachsen-Anhalt
Herausgeber:

Landesvorstand der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

Redaktion: Anke Lohmann (Leitung), Martin Reso, Matthias Höhn (V.i.S.d.P.), Monika Krüger, Thomas Drzisga, Matthias Gärtner, Joachim Spaeth, Oliver Müller, Henriette Quade, Felix Knothe, Peggy Krößmann

Druck: Harzdruckerei, Wernigerode

Auflage: 5.000 Exemplare

Preis: Spende

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16.11.2009. KLARTEXT erscheint einmal im Quartal. Das Magazin ist erhältlich in allen Geschäftsstellen und Wahlkreisbüros der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt. Für unverlangt eingesandtes Bild- und Textmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich bei Leserbriefen das Recht Sinn wahrender Kürzungen ausdrücklich vor. Vervielfältigung, Speicherung und Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Kontakt und Bestellung: DIE LINKE. Landesvorstand Sachsen-Anhalt, Redaktion KLARTEXT, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg, Tel.: 0391 7324840, Fax: 0391 7324848, E-Mail: lgst@dielinke-lsa.de

Berlin in Sachsen-Anhalt – die Bundestagsrubrik

Mitten im Bundestag – DIE LINKE

■ Wo siehst Du eigentlich DIE LINKE im neuen Bundestag? Willst Du dazu nicht ein paar Gedanken aufschreiben? Ja will ich, nur wo oder wie soll ich's anfangen? Eine akademische oder politikwissenschaftliche Betrachtung verschreckt mich selbst. Zu frisch sind die Eindrücke aus Kommunal- und Bundestagswahlkampf. Und so knüpfe ich einfach dort an. Schließlich ist zwischenzeitlich klar, in welcher Koalition regiert wird.

Komme ich dieser Tage mit Interessierten ins Gespräch, dann ist aus der Frage, „Was wird uns wohl die schwarzgelbe Koalition in den nächsten Jahren bringen?“, Verunsicherung zu spüren. In Halle, meinem Wahlkreis, ganz besonders, gehören wir doch zu den Städten mit höchsten Armutsrisiken. Diese sind täglich erlebbar. Von Schwarz-Gelb befürchten viele eine Verschlechterung ihrer konkreten Lebenssituation. Dann wären vor allem wieder jene gekniffen, die jetzt schon täglich Armutserfahrungen beispielsweise als Hartz-IV-EmpfängerInnen, als AufstockerInnen oder als Alleinerziehende sammeln müssen.

Gleichermaßen dramatisch wäre der Absturz vieler Menschen bzw. Familien, die bislang stets knapp über den Grenzen lagen, unterhalb derer sich Ansprüche auf staatliche Transferleistungen ergeben. Schon jetzt wird bei dieser einkommensarmen Gruppe davon ausgegangen, dass man den 2,5 Millionen armen Kindern aus offizieller Bundesstatistik nochmals weitere 2,5 Millionen Kinder aus diesen Familien zurechnen müsste. Quasi als Dunkelziffer. Und immer häufiger werde ich von SeniorInnen angesprochen, die bereits in Altersarmut leben, was auch aus der Rentenungerechtigkeit des Einigungsvertrages folgt – aber nicht nur!

Liest man nun die Koalitionsvereinbarung, dann verstärken sich meine Befürchtungen. Etwa ein Drittel der Bevölkerung wird offenbar bewusst abgekoppelt. Es besteht gar nicht mehr der Anspruch, diesen Menschen mehr soziale Gerechtigkeit, persönliche Freiheit

und individuelle Teilhabe zu ermöglichen. Angekündigte Maßnahmen der Grundversorgung wirken auf mich, wie das Ruhigstellen von Schmerzpatienten. In den USA werden diese Menschen als „Outdoor-Gesellschaft“ bezeichnet. „Außer Haus“ heißt, sie werden nicht mehr zur „Haus-Gemeinschaft“ also zum „Aktivpart“ der Gesellschaft gezählt.

Doch so wie Politik ihnen den Stuhl vor die Tür stellt, so grenzen sie sich ihrerseits von Politik ab. Sie verweigern zu großen Teilen, sich an den Ritualen dieser Politik zu beteiligen. Wählen gehen wird als ein solches Ritual empfunden. Und wer aus dieser Gruppe doch zur Wahl geht, gibt seine bzw. ihre Stimme ganz sicher nicht FDP, kaum den Grünen, seltener der CDU und wie sich gezeigt hat, immer unwilliger der SPD. Auf Wahl-Foren in solch sozialen Brennpunkten unserer Stadt, ist FDP beispielsweise überhaupt nicht mehr aufgetaucht. Noch deutlicher kann man eine Absage an diese Gruppe nicht demonstrieren!

DIE LINKE hat ihre Chance erneut bekommen. Wir sind allerdings nicht nur von WählerInnen aus einkommensschwachen Verhältnissen gewählt worden. Sonst wären die hohen Prozentzahlen überhaupt nicht zu erklären. Die Erwartungen richten sich aus verschiedensten Blickwinkeln an uns. Langzeitarbeitslose haben uns genauso gewählt, wie Selbständige, ArbeitnehmerInnen, Beamtete, Bauern, KünstlerInnen oder ProfessorInnen. Sie richten sich an uns mit einer Vorstellung eines lebensfähigen solidarischen Gemeinwesens. Wir werden als linke Volkspartei in der ganzen Breite in die Verantwortung genommen. Und mit unseren Direktmandaten stehen wir quasi auch persönlich in der Pflicht.

Wunder werden sicher nicht erwartet. Aber die LINKE soll effektiv weitere Einschnitte verhindern helfen. Einschnitte, die Teilhabe, Lebensqualität und -perspektiven, friedliches Zusammenleben, gesunde Umwelt, menschenwürdige Ar-

beit, gerechte Einkommen, die Bildung, Gesundheit und Pflege begrenzen. Zu diesem NEIN gehört ein JA. Und dieses muss aus eigenen Vorschlägen als realistische Alternative bestehen. Da gibt es gute Anfänge. Eine vergrößerte Fraktion kann und muss jetzt mehr in die Tiefe arbeiten. Sonst verlieren wir das Vertrauen, weil man uns Kraft zur Umsetzung nicht zutraut. Wie Vertrauensentzug aussieht, erfährt soeben die SPD. Und die wird heiße Debatten erleben. Es waren eben nicht Vermittlungsdefizite, sondern politische Inhalte die zur Absage geführt haben.

Ermutigend ist für uns, dass die Berliner LINKE nachweisen konnte, dass man auch in Regierungsverantwortung deutlich zulegen kann. Und die Brandenburger werden's nach fast zwanzig Jahren Opposition schwer haben, in diese neue Rolle selbstbewusst hinein zu wachsen. Beide bedürfen der Unterstützung insbesondere auch aus der Bundestagsfraktion. Das werden wir bei unseren Anträgen und Konzepten in Rechnung zu stellen haben.

Keinesfalls können wir uns selbstverliebte, rechthaberische Selbstbeschäftigung in zermürenden Programmdebatten leisten. Wir wollten Schutzschirme für Menschen in Krisenzeiten spannen! Aktive und wirksame Auseinandersetzung mit Koalitionspolitik zu vernachlässigen, würde gewertet werden als „im Regen stehen lassen“!

Da nun einmal die Bandbreite an Gründen, uns zu wählen, enorm ist, kann auch niemand für sich reklamieren, die programmatische Wahrheit gepachtet zu haben. Abgesehen davon vollzieht sich Gestaltung der Gesellschaft stets in verschiedenen Zeithorizonten – sonst wären Wahl- und Parteiprogramme wohl jeweils identisch!



Petra Sitte wurde erneut zur Vizefraktionsvorsitzenden der LINKEN im Bundestag gewählt.

Etwas grundsätzlicher ändern

Die Bundestagswahl am 27. September hat historische Ergebnisse erbracht: das schlechteste Ergebnis für die Union seit 1949, das beste für die FDP und die Grünen. Die SPD landete mit 23 Prozent etwa auf dem Stand von 1890. In sechs Ländern, darunter zwei in Westdeutschland, landete die SPD unter 20 Prozent. DIE LINKE hat das beste Ergebnis erreicht, welches bundesweit jemals eine Partei links von der SPD erzielt hat. In allen westdeutschen Ländern landete sie deutlich über der Fünfprozentmarke. In Ostdeutschland wurde DIE LINKE in Sachsen-Anhalt und Brandenburg bei der Bundestagswahl stärkste Partei, in den anderen Ländern zweitstärkste Kraft hinter der CDU.

Die Bundestagswahl brachte Union und FDP eine deutliche Stimmenmehrheit im Bundestag. Die seit 1998 zunächst politisch, seit 2005 nur noch rechnerisch vorhandene „linke“ Mehrheit aus SPD, Grünen und LINKE ist verloren. Allerdings ist an ihrer Stelle keine stabile liberal-konservative Mehrheit „rechts von der Mitte“ entstanden. CDU, FDP und CSU verfügen über zusammen 48,4 Prozent der Stimmen, genau wie 1994. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat die schwarz-gelbe Regierung nicht gewählt. Berücksichtigt man zudem die gesunkene Wahlbeteiligung, so kann sich diese Regierung auf die aktive Zustimmung nur eines guten Drittels (33,7 Prozent) der Wahlberechtigten stützen - die geringste Basis für eine Regierung seit 1949. Unter'm Strich hat die SPD 2,13 Mio. Stimmen an die Nichtwähler verloren, 1,4 Mio. an Union und FDP, 0,86 Mio. an Grüne und 1,1 Mio. an DIE LINKE. Die Wahl zugunsten von FDP und Union entschieden hat der Anstieg der Nichtwähler, von 22,3 Prozent auf 29,2 Prozent aller Wahlberechtigten.

Diese ehemaligen SPD-Wähler, die aus ihrer Enttäuschung keine andere Partei gewählt haben, sondern zu Hause geblieben sind, kann die SPD am ehesten zurückgewinnen. Sie sind ein Grund, warum

sich die Regierung einer stabilen Mehrheit nicht sicher sein kann. Ein zweiter wichtiger Faktor sind die Wahlversprechen vor allem der FDP. FDP (und CSU) haben mit „Mehr Netto vom Brutto“ darauf gesetzt, die öffentlichen Kassen in der tiefsten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg noch ärmer machen zu wollen. Diese Wünsche wollen erfüllt werden, wenn diese Wählerschaft gehalten werden soll.

Die Mehrheit für die neue Regierung ist daher derzeit flüchtiger, als die Stimmverhältnisse im Bundestag glauben machen. Der Koalitionsvertrag verkündet die versprochenen Wohltaten für diejenigen, die bei Steuersenkungen und Kopfpauschalen etwas zu gewinnen haben, wenn auch zuweilen nur in Gestalt eines „Prüf-auftrages“. Wie fest die Regierung im Sattel sitzt, werden die Landtagswahlen am 10. Mai 2010 in Nordrhein-Westfalen zeigen. Deshalb gilt für diese Regierung: Nicht die Grausamkeiten, sondern die Wohltaten werden am Anfang verkündet. Gleichzeitig nimmt man in Kauf, 2013 vor einem finanzpolitischen Desaster zu stehen und den Ruf, dass Konservative besser mit Geld umgehen könnten, vollständig ruiniert zu haben.

Die Stärke der Regierung könnte in den kommenden Jahren allein auf der Schwäche der Opposition beruhen. Die politische Entwicklung ist offen. Wir können am Anfang einer neuen Dekade stabiler konservativ-liberaler Mehrheiten stehen, die noch flüchtige Mehrheit kann in den kommenden vier Jahren aber auch wieder kippen.

Größte Schwachstelle ist hierbei die SPD. Sie hat die Wahl nach drei Seiten verloren: zur „Mitte“, nach links und zur Wahlenthaltung. Sie wird sich neu erfinden müssen und dabei entscheiden, ob sie in der politische Mitte verlorene Wähler, die 1998 die rot-grüne Mehrheit ermöglichten, zurückgewinnen will oder ob sie eine deutliche Linkswendung vollziehen will. Für DIE LINKE hat sich die politische Situation deutlich verändert. Wir

werden unsere Politik noch viel stärker als bisher aus eigener Kraft statt aus der Schwäche anderer entwickeln müssen. Gerade jeder fünfte weggelaufene SPD-Wähler fand den Weg zu uns. Der Zuwachs bei den Nichtwählern trägt erkennbar einen klassenspezifischen Charakter: Arbeitslose, bedrohte Arbeiter und in prekären Verhältnissen Lebende dominieren. Wenn sie nicht mehr zur Wahl gehen, geht die soziale Basis für linke Mehrheiten und Politik verloren, die „Bürgerlichen“ wählen unter sich. Das Wahlergebnis in Ostdeutschland hat für DIE LINKE noch eine besondere Note. Die Kräfteverhältnisse wurden verschoben, die Wählerinnen und Wähler haben DIE LINKE auf Augenhöhe mit der CDU gebracht. Abgesehen von Brandenburg lautete die Alternative für die Wählenden: CDU oder LINKE. Die Zeiten, in denen „an uns ein Politikwechsel nicht scheitern“ würde, sind im Osten vorbei. DIE LINKE soll nun aktiv die Mehrheiten für den Politikwechsel suchen und schaffen. Bis 2011 ist da nicht mehr so viel Zeit.

Die LINKE wird nicht bleiben können, wie sie ist. Weiterentwicklung, neue Antworten auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, Reformprojekte, rot-rote Referenzprojekte aus den Ländern braucht es, um 2013 die schwarz-gelbe Mehrheit ernsthaft angreifen zu können. Anpassung an veränderte Bedingungen und Aufgaben gelingt, wenn der linke Kern erkennbar bleibt. Eine linke Partei in einer sozial gespaltenen Gesellschaft kann dem Gemeinwohl und damit der Gesellschaft nur dienen, indem sie offen und konsequent die partikularen Interessen der gesellschaftlich Schwächeren wahrnimmt. Stellt man Land und Partei in einen Gegensatz, wie es die SPD mit der Agenda 2010 getan hat, ist der Niedergang besiegelt. Ohne produktiven Oppositionsgeist wird auch linke Regierungspolitik zum bloßen Management der herrschenden Verhältnisse. Oppositionsgeist ist nicht das meist eher übellaunige Dagegensein, dem alles schlecht ist und immer schlechter wird. Produktiv wird oppositioneller Geist mit dem Bewusstsein, dass etwas auf grundsätzliche Weise falsch läuft und dass die Dinge auf grundsätzliche Weise anders geregelt gehören - und dass das auch möglich ist.

Horst Kahrs ist der Leiter des Bereiches Politik und Strategie in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN.

Ein Stückchen FDP-Sozialismus?

Wie vertragen sich Bürgergeld und Bedingungsloses Grundeinkommen?

Klartext: Zum ersten Mal wurde bei den Koalitionsverhandlungen im Bund mit dem FDP-Bürgergeld-Konzept der Begriff Grundeinkommen in die praktische Politik gebracht. Es war zwar schnell wieder Ruhe. War es dennoch ein erster Schritt auf dem Weg zu einem Grundeinkommen?

Wolfgang Geutjes: Nein, ganz und gar nicht, denn das FDP-Bürgergeld ist kein Grundeinkommen. Es ist sogar ganz deutlich ein Gegenentwurf dazu. Die Sprache verrät die FDP. Für sie hat das bedingungslose Grundeinkommen „gefährliche Konsequenzen“.

Stehen hier also die bekannten unterschiedlichen Gerechtigkeitskonzepte gegeneinander?

Ja. Die FDP verkauft alten Wein in alten Schläuchen. Ihr Bürgergeld ist ein ganz normales Grundsicherungskonzept mit Verkleidung. Es beinhaltet weiterhin Existenzsicherung auf Antrag und ist eindeutig mit Arbeitszwang verbunden. Dagegen ist Dieter Althaus von der CDU ein richtig sozialistisch denkender Mensch. Dessen „solidarisches Bürgergeld“ bekommt jeder, ohne einen Antrag zu stellen. Allerdings besteht auch bei Althaus Arbeitszwang.

Ist der Arbeitszwang also eine Art Wasserscheide zwischen neo-konservativen Ansätzen und eher progressiven, linken Ansätzen?

Ja, das ist so. Eine andere Wasserscheide ist die Höhe des Einkommens, also die Frage, ob es existenz- und teilhabesichernd ist. Hartz IV sichert zwar physische Existenz, damit man nicht stirbt, aber gesellschaftliche Teilhabe ist damit keinesfalls gesichert.

Hatte die Debatte um das Bürgergeld trotzdem irgendetwas Gutes?



Klar hat man die Möglichkeit, sich abzugrenzen, auf die Denkweise der FDP hinzuweisen. Denn was man gemeinhin unter liberal oder bürgerschaftlich versteht, das Vertrauen auf Engagement oder Gemeinsinn, hat mit diesem Konzept überhaupt nichts zu tun. Es ist eine Lüge, eine Hülle, die aufgebaut wird. 20 Jahre nach der Wende – Stichwort aufrechter Gang –, will die FDP den Bürger weiter mit Anträgen und Arbeitszwang gängeln. Außerdem reden sie weiter vom Lohnabstandsgebot, anstatt über Mindestlöhne zu reden, beklagt man die immer noch zu hohen Transfereinkommen des Staates.

Zurück zum Arbeitszwang: Hat die Debatte darüber auch Vorteile für die Diskussion in der LINKEN übers Grundeinkommen?

In der Tat, das Grundeinkommen ist auch bei uns umstritten. Die eine oder andere Grundidee der FDP würde wahrscheinlich auch von der Mehrzahl in der LINKEN

unterschrieben werden. Dass sich die Partei zwar bei ihrem Grundsicherungsmodell in der Höhe klar abgrenzt, ändert nichts am Arbeitszwang, und damit zeigt sich auch eine kleine Brüderschaft im Geiste: man kommt nicht ohne mehr oder weniger repressive Anreize aus, um Menschen zu irgendetwas zu animieren; man kann sich nicht vorstellen, dass Menschen etwas aus eigenem Antrieb und aus Verbindung zum Gemeinwohl tun. Ob die Debatte diese Vorbehalte gegen das Grundeinkommen aufbrechen kann oder sie eher bestätigt, wird die Diskussion ums Parteiprogramm sicherlich zeigen.

Interview: Felix Knothe



Wolfgang Geutjes ist Sprecher der LAG Bedingungsloses Grundeinkommen der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

Was folgt dem Erfolg?

Der Landesvorsitzende über Wahlerfolg, Verantwortung und bundespolitische Rahmenbedingungen

■ Mit 32,4 Prozent der Stimmen wurden wir am 27. September erstmals stärkste Partei in Sachsen-Anhalt, zusammen mit fünf gewonnenen Direktmandaten waren wir der mit Abstand erfolgreichste Landesverband der gesamten Bundespartei. Dieses Ergebnis ist Lohn für unsere gemeinsame jahrelange Arbeit. Dank an alle, die daran Anteil haben! Es bestärkt uns bei den Aufgaben, die vor uns liegen.

Starke Opposition im Bund nötig

Nun haben Union und FDP ihren Koalitionsvertrag verhandelt, die neue Regierung ist im Amt. Wie sehen die Ergebnisse aus?

Die öffentlichen Kassen sollen erneut auf Milliardeneinnahmen verzichten. In der Gesundheitsversorgung wird nun endgültig der Privatisierung der Lasten das Wort geredet und Abschied vom Solidargedanken genommen. Diese Koalition erteilt dem gesetzlichen Mindestlohn eine klare Absage und damit auch der Chance für Hunderttausende, endlich von ihrer Hände Arbeit auch ein Leben in Würde führen zu können. Und leider wird es mit dieser Bundesregierung auch keinen Richtungswechsel in der Außenpolitik geben.

Mit dieser Politik von Schwarz-Gelb wird eines sehr deutlich: Eine starke Stimme für soziale Gerechtigkeit, für eine friedliche Außenpolitik und für mehr Demokratie wird mehr gebraucht denn je. DIE LINKE wird mehr gebraucht denn je.

Politikwechsel in Brandenburg möglich

Im August und September dieses Jahres wurden neben dem Bundestag auch fünf Länderparlamente neu gewählt. Wir haben als LINKE bei diesen Wahlen überaus erfolgreich abgeschnitten. Damit hat die Partei zwei Jahre nach ihrer Gründung erneut einen wichtigen Schritt nach vorn gemacht. Schauen wir auf die neu entstandenen Mehrheitsverhältnisse im Bund wie in den genannten Ländern, legt



Mit Rückenwind und 84 Prozent als Landesvorsitzender wiedergewählt – Matthias Höhn mit Wulf Gallert und Jenny Schulz

sich die Freude jedoch wieder: sechs Wahlen, fünf CDU-Regierungen. Damit können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben.

Es gibt eine Ausnahme: Brandenburg. Obwohl es auch in Thüringen und im Saarland eine Chance auf andere Mehrheiten jenseits von CDU und FDP gegeben hätte, waren lediglich in unserem östlichen Nachbarland die Kraft und der politische Wille vorhanden, einen neuen Weg für eine spürbar andere Politik zu gehen.

Die Brandenburger haben sich auf vier Regionalkonferenzen, an denen über 1200 Mitglieder teilnahmen, und auf ihrem Landesparteitag sehr ausführlich zu den Ergebnissen der Verhandlungen mit der SPD verständigt. Ich habe hohen Respekt vor dem Mut der Brandenburger Genossinnen und Genossen und wünsche ihnen alles Gute. Wir werden Unterstützung geben, wo immer wir das können – das haben die Delegierten unseres Landesparteitages ohne Gegenstimmen noch einmal sehr nachdrücklich zum Ausdruck gebracht.

Andere Mehrheiten für Sachsen-Anhalt im Blick

Schauen wir auf Sachsen-Anhalt. Dreieinhalb Jahre Koalition aus CDU und SPD sind um. Wie fällt das Zwischenfazit aus? Mehr als ernüchternd. Diese Koalition ist eine Koalition der verpassten Chancen und der Stagnation. In beinahe allen wichtigen Politikbereichen liegen beide Koalitionspartnerinnen über Kreuz. Das Thema Personalentwicklung ist nur ein Beispiel für die Konzeptionslosigkeit dieser Landesregierung: Kommunalfinanzen, Bildungspolitik, Landesentwicklungsplan, Funktionalreform ...

Sachsen-Anhalt kann mehr. Sachsen-Anhalt hat Potenziale als Standort von Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur. Für uns als LINKE ist das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse überall in Sachsen-Anhalt Ausgangspunkt unserer Überlegungen – keine Region darf abgehängt werden. Mit unserem Konzept vom Herbst letzten Jahres haben wir einen wertvollen Beitrag zu diesem Thema geleistet und die Regierung spürbar unter

Druck setzen können. Und gleichzeitig bleibt es dabei: Die Kommunen brauchen eine solide finanzielle Basis – hier geht es unmittelbar um Lebensqualität und Chancengleichheit – und natürlich auch um das reale Ausfüllen kommunaler Selbstverwaltung.

Für uns als LINKE stehen Kinder und Familien im Zentrum unseres Engagements. Hier entscheidet sich, welche Zukunftschancen sich für jede und jeden Einzelnen ergeben, hier entscheidet sich aber auch, welche Perspektive für unser Bundesland insgesamt gegeben ist oder eben nicht.

Es wird höchste Zeit für einen Politikwechsel in Sachsen-Anhalt! Dafür bedarf es der gesellschaftlichen Mobilisierung und anderer politischer Mehrheiten. Wir stellen uns dieser Herausforderung bei den kommenden Landtagswahlen. Wir wollen die CDU aus der Regierungsverantwortung ablösen und 2011 den Weg freimachen für eine Politik, die sich dem Ziel sozialer Gerechtigkeit verschreibt und die Potenziale dieses Landes nicht ungenutzt liegen lässt, für eine Politik, die den

Menschen hier in Sachsen-Anhalt eine Perspektive gibt und mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Dafür braucht es eine starke und selbstbewusste LINKE, dafür braucht es eine LINKE, die bereit und in der Lage ist, die nächste Landesregierung zu führen.

Matthias Höhn

ist der Landesvorsitzende der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

DIE NEUE

Neu im Amt der stellvertretenden Parteivorsitzenden in Sachsen-Anhalt ist **Henriette Quade**. Dabei hat die 25-Jährige bereits zehn Jahre Politik-erfahrung. Nach der Arbeit im Jugendbereich gilt ihr Interesse jetzt verstärkt der Profilierung der LINKEN als Bürger- und Menschenrechtspartei.

Erster Kontakt entstand über die „AG Junge Genossinnen in und bei der PDS“ in Halle. Dem Parteieintritt folgte schnell Verantwortungsübernahme im Stadtvorstand der PDS, von 2001 bis 2009 war sie die stellvertretende Vorsitzende in Halle. Beim Wirken in der Ortsebene blieb es nicht lange. Seit 2003 gehört sie den Landesvorständen der PDS bzw. der LINKEN an. Die Studentin der Germanistischen Literaturwissenschaft, Zeit-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte arbeitete im 2003 gegründeten Jugendrat der Bundespartei mit und vertrat die PDS 2005 in der Bundesversammlung.



Der neue Landesvorstand seit dem 15. November 2009

Schicksal der Kommunen hängt am politischen Willen

■ Es kann wohl nicht oft genug wiederholt werden: Gerade in Zeiten einer seit Jahrzehnten beispiellosen weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise darf der Staat nicht zum Faktor oder gar zum Motor dieser Krise werden. Mit einer finanziellen Strangulierung der Kommunen Sachsen-Anhalts, wie sie absehbar und zu befürchten ist, würde aber genau dies eintreten.

Leider wird dieser Grundsatz bei den Kommunal финанzen nicht durchgehalten, hier sollen nach dem Willen der Landesregierung drastische Kürzungen erfolgen, es geht um mehr als 200 Mio. Euro der Zuweisungssumme jährlich im Vergleich zum Jahr 2009, das sind etwa 13 Prozent. Verschärfend kommt hinzu, dass die Kommunen selbst unter massiv sinkenden Steuereinnahmen leiden. Dem stehen

zudem beständig steigende Ausgaben gegenüber, beispielsweise für Hartz-IV-Betroffene.

Die Folgen dieser Situation liegen auf der Hand: Zum einen würden die Kommunen selbst in eine höhere Verschuldung getrieben. Zum anderen aber – und hier liegen die eigentlichen Probleme – wären die Kommunen gezwungen, mit der Schließung von Einrichtungen, der Streichung von Mitteln für diverse Projekte im

Rahmen der so genannten freiwilligen Aufgaben die eigenen Strukturen in Frage zu stellen und deren Zusammenbruch zu riskieren. Bildlich gesprochen, würde das Land die Kommunen zwingen, die eigenen Lebensnerven zu durchtrennen. Die Öffentliche Daseinsvorsorge wäre über weite Strecken nicht aufrecht zu erhalten: bei der Kinderbetreuung, der medizinischen und sozialen Betreuung, bei Bildung und Kultur – die Kette ließe sich fortsetzen.

Drastisch ausgedrückt, bedeutet dies: Das Land versucht, bei der Bewältigung der Krise eine weiße Weste, also einen

aus Landessicht vertretbaren Haushalt zu beschließen, während den Kommunen die Drecksarbeit überlassen wird.

Die Differenz bei der Kommunalfinanzierung ist nicht durch Einsparungen im Haushaltsentwurf zu haben, das geht nur über eine noch höhere Neuverschuldung des Landes. Aber die ist die logische Konsequenz, wenn wir verhindern wollen, dass die Kommunen selbst Gegenstand der Krise werden bzw. diese Nettoneuverschuldung des Landes in Kassenkrediten der Kommunen versteckt wird. Und sage doch bitte niemand, eine Neuverschuldung von 660 Mio. Euro im Jahr 2010, wie bislang vorgesehen, sei Ausdruck nachhaltiger Haushaltskonsolidierung, 880 Mio. Euro hingegen bedeuteten den Untergang von Sachsen-Anhalt. Was kann der katastrophalen Unterfinanzierung der Kommunen nun entgegengesetzt werden?

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, und sie sind so realistisch wie praktikabel.

Zunächst gilt es, eine finanzielle Mindestsicherung für die kommunalen Kassen zu garantieren. Dazu soll in den Jahren 2010 und 2011 die Summe des Jahres 2009 zur Verfügung stehen, also etwas mehr als 1,7 Mrd. Euro. Das liegt noch unter dem eigentlichen Bedarf der Kommunen, bietet aber zumindest die Möglichkeit, die Öffentliche Daseinsvorsorge nicht nachhaltig zu beschädigen sondern im Gegenteil zu gewährleisten.

Für unverzichtbar halten wir die Zweckbindung der Jugendpauschale, die gesetzlich zu fixieren ist.

Schließlich kann das Land auf die Rückzahlung von Mitteln verzichten, die in der Vergangenheit – das ist dem komplizierten Berechnungsmodus geschuldet, der zu Abweichungen in die eine wie die andere Richtung führen kann – zu viel an die Kommunen überwiesen wurden. Da geht es um mindestens 80 Mio. Euro in beiden Haushaltsjahren, was eine weitere Entlastung der Kommunen zur Folge hätte.

Fakt bleibt – es ist auch unter komplizierten Bedingungen möglich, die Kommunen zu stabilisieren, wenn es den politischen Willen dazu gibt.



Wulf Gallert ist der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag von Sachsen-Anhalt.

Unlängst wurde der Entwurf für den Landeshaushalt 2010/2011 vorgelegt. In vielen Bereichen wird tatsächlich versucht, die Auswirkungen der Krise mit den Möglichkeiten des Landes zu begrenzen, das ist anzuerkennen. Der Preis dafür ist hoch – Sachsen-Anhalt muss neue Schulden in exorbitanter Höhe aufnehmen. Würde dies allerdings nicht geschehen, wären die Folgen fast unabsehbar. Kürzungen im großen Umfang würden die soziale Polarisierung der Gesellschaft unverantwortlich weiter verschärfen und die Entwicklung des Landes insgesamt nachhaltig beschädigen.

Was lange währt, wird doch nicht gut

Im Oktober hat die Landesregierung im Windschatten des Doppelhaushalts einen zweiten großen Brocken in den Landtag eingebracht – eine Novelle des Landeshochschulgesetzes. Sie war mehr als anderthalb Jahre vorbereitet worden, so dass der Zeitpunkt nun womöglich kein Zufall war. Nun steht der Haushalt mit seinen finanziellen Problemen im Mittelpunkt, die Hochschulpolitik als eines der wichtigsten Themenfelder in Landesverantwortung verbleibt dagegen den Fachleuten und Betroffenen. Dennoch sind die angestrebten Änderungen im Hochschulgesetz beachtenswert und kritikwürdig. Es gibt im Wesentlichen vier große Zukunftsthemen an den Hochschulen. Da ist erstens die Frage des Bildungszugangs. Sachsen-Anhalt hat seit Jahren Studiengebühren für Lehr- und Lernmittel sowie in Form von Langzeit- oder Zweitstudiengebühren, die unsozial sind und vom Studium abschrecken. Die Bologna-Reform mit Bachelor- und Master-Abschlüssen hat das Zugangsproblem mit Hürden beim Übergang zwischen beiden Studienabschnitten weiter verschärft, die Novelle sieht weitere Hürden beim Studienablauf – einen so genannten inneren Numerus Clausus – vor. Außerdem sollen die Bereiche Weiterbildung und post-graduale Studiengängen in Zukunft nicht mehr explizit zu den Aufgaben der Hochschulen gehören. Für DIE LINKE ist jedoch ein breiter Bildungszugang auf allen Ebenen der Hochschulbildung wesentlich für soziale Gerechtigkeit und die Zukunft des Landes. Statt mit Hürden aller Art abzuschrecken, müssen Hürden fallen und sollten möglichst viele Studierende zum Abschluss geführt werden. Das betrifft auch die Mittelausstattung, denn die Unterfinanzierung führt durch Überlast zu schlechten Studienbedingungen.

Zweitens sind Hochschulautonomie und Hochschuldemokratie essentiell für ein verantwortungsvolles Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen, das der Wissenschaft die nötige Freiheit gibt. Für DIE LINKE sind das zwei Seiten derselben Medaille. Zwar sollen bei der Berufung von

ProfessorInnen auch aus unserer Sicht die Hochschulen entscheiden, da sie schneller und flexibler als das Ministerium sind. Abzulehnen ist jedoch die Stärkung der Hochschulautonomie auf Kosten der Hochschuldemokratie – darauf läuft die Novelle in vielen Fällen hinaus. DIE LINKE tritt dagegen für eine gleiche Teilhabe aller Gruppen – nicht nur der ProfessorInnen – an den Entscheidungen der Hochschulen ein. Dass die Landesregierung das politische Mandat der Studierenden-



schaften abschaffen will, lehnen wir ab. Das Land braucht politisch mündige Studierende, nicht zuletzt beim Kampf gegen Rechtsextremismus.

Drittens steht die Frage zur Debatte, wie überhaupt moderne Hochschule funktionieren soll. Die Trennung von Forschung und Lehre lehnt DIE LINKE ab. Moderne Lehre kann nur nah bei der Forschung stattfinden, moderne Forschung wiederum muss die Studierenden möglichst früh mit einbeziehen. Die Landesregierung will jedoch ProfessorInnen zum Teil einseitig in Forschung oder Lehre einsetzen und sogar eine neue Personalkategorie – den Universitätsdozenten – einführen, der nur für Lehre zuständig wäre. Der LINKE Weg, um die nötige Lehrkapazität zu erhöhen, wäre, den wissenschaftlichen Mittelbau in Lehre und Forschung wesentlich zu stärken und die didaktische

Qualifikation des Personals insgesamt zu erhöhen. Hinzu kommt die Benachteiligung der Fachhochschulen gegenüber den Universitäten beim Promotionsrecht. DIE LINKE schlägt ein (eingeschränktes) Promotionsrecht für die FHs vor, das den mittlerweile starken Forschungsleistungen an den FHs im Land Rechnung trägt.

Das vierte wichtige Thema ist das Innovationspotential der Hochschulen sowohl in wirtschaftlicher als auch in gesellschaftlicher Hinsicht. Das muss unzweifelhaft gestärkt werden. Die Novelle sieht daher vor, den „wirtschaftsbezogenen Wissens- und Technologietransfer“ zur Aufgabe der Hochschulen zu machen. Hierbei muss jedoch darauf geachtet werden, dass die Hochschulen frei bleiben und nicht zum staatlich bezahlten Anhängsel der Wirtschaft werden. Zudem müssen auch die

Innovationspotentiale für die Gesellschaft besser genutzt werden, die freie Wissenschaft bietet. Das betrifft einerseits das Ideal der Bildung und Emanzipation im weitesten Sinne, andererseits die gesellschaftlich notwendige Möglichkeit der Kritik von Verhältnissen oder Technologien, also zum Beispiel Risikoforschung. Und nicht zuletzt betrifft das die internationale Rolle von Hochschulen.

Fazit: Was lange währt, wird noch lange keine gute Novelle. Die Linksfraktion wird mit Änderungsvorschlägen für ein besseres Hochschulgesetz sorgen.



Hendrik Lange ist der hochschulpolitische Sprecher der Landtagsfraktion der LINKEN.

Von Himmel und Dächern

Das neue Gesicht der Stiftung Moritzburg. Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt

„Na, so ein Quatsch, ein blaues Dach“, murmelte eine ältere Besucherin vor sich hin, schaute im Hof der Moritzburg noch einmal zurück auf die ungewohnte metallene Dachsilhouette, mit der sich West- und Nordflügel am ersten Oktoberwochenende 2008 nach ihrem Umbau der heranströmenden Öffentlichkeit präsentierten. Im Hof, auf Freunde wartend, murmelte ich genauso leise, aber etwas nachdrücklich in ihre Richtung „Der Himmel ist blau!“ Und ich dachte dabei an das Meer, das sich im ruhelosen Wechselspiel mit den Himmelfarben ständig verändert.

Tausende haben in diesen drei Tagen die von Kunst noch leere Hülle des neuen Kunstmuseums bestaunt und sich mit Begeisterung auf den ungewöhnlich eleganten, modernen und beeindruckenden Sichten schaffenden Ausbau der Moritzburg eingelassen. Die gewaltigen Dimensionen des Westflügels waren so noch nie erlebbar. Riesige Fenster machen Ausblicke auf die Stadt und den Burgkomplex möglich, die von der alten Bausubstanz aus unmöglich gewesen wären.

Mit der offiziellen Eröffnung am 12. Dezember 2008 haben in den neuen Räumen die Werke der klassischen Moderne aus eigenen Beständen und vor allem aus

der Sammlung Gerlinger ihren Platz gefunden.

Die Ruine des Westflügels vor allem bestimmte seit ihrer Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg das Bild der Moritzburg, deren Grundstein 1484 durch den Magdeburger Erzbischof Ernst von Wettin als Residenz und Festung gelegt wurde. Auch wenn nach dem zerstörerischen Großbrand von 1637 ihr Niedergang nicht mehr aufzuhalten war, wurde die Moritzburg über Jahrhunderte noch militärisch genutzt. Dafür notwendige Baumaßnahmen veränderten ihr ursprüngliches Gesicht. Im 19. Jahrhundert rückte die spätmittelalterliche ruinöse Burganlage in den Blick eines romantischen Denkmalverständnisses. Karl Friedrich Schinkels Vision, die Moritzburg für die universitäre Nutzung wieder aufzubauen, blieb 1829 unerfüllt. Erst am Ende des 19. Jahrhunderts wurden konkrete Schritte zur Rettung der Moritzburg unternommen und im Nordflügel die Turn- und Fechtsäle für die Universität eingerichtet. 1904 entstand auf der Südseite das aus Bürgersinn gestiftete Städtische Museum für Kunst und Kunstgewerbe, für das nach und nach angrenzende Gebäudeabschnitte einbezogen wurden. Mit der Entwicklung des Museums zu einer der bedeutendsten Sammlung der Klassischen Moderne, stieß es mehr und mehr an seine räumlichen Grenzen. Alle Direktoren seit 1908 suchten nach Möglichkeiten der Auslagerung bzw. des Neubaus.

Ab 2001 gewannen diese Visionen an Dynamik. Der Würzburger Sammler Hermann Gerlinger gab seine umfangreiche BRÜCKE-Sammlung leihweise für zwei Jahre in die Moritzburg. Dieser Bestand ist von so hoher Qualität, daß Mittel und Wege gesucht wurden, die private Sammlung dauerhaft für die Moritzburg zu gewinnen und dafür Räume zu schaffen.

2003 wurde ein internationaler



Wettbewerb ausgelobt. Der Preis ging 2004 an das spanische Architektenpaar Nieto Sobejano, das mit seinem kühnen Entwurf des Ausbaus von West- und Nordflügel überzeugte. Im März 2007 konnte Richtfest gefeiert werden und im Dezember 2008 die Eröffnung. Für Nieto Sobejano war von Beginn an klar, daß sie so unterschiedliche Pole wie einerseits die Ruine und andererseits die expressionistischen Kunstwerke in Einklang bringen müssen. Auch die Einbindung der Stadt mit ihrer besonderen Atmosphäre spielte für sie eine gewichtige Rolle. Es war das Thema Dach, das dabei eine zentrale Bedeutung gewann. Das ungewöhnliche Dach gliedert sich in räumebildende Sektionen. Diese Räume sind die in die Dachkonstruktion eingehängten Ausstellungsboxen, die Licht aus den trichterförmigen Höhen gewinnen. Durch diese scheinbar schwebenden Boxen bleibt für den Besucher der Blick in den gewaltigen, 80 Meter langen Westflügel unverstellt erhalten.

Die unglaublichen Eindrücke kann man kaum beschreiben. Auch die besten Fotos können sie nicht ersetzen. Die neue Moritzburg ist nur im Original erfahrbar und somit für die Stadt ein international beachteter kultureller Gewinn.

| Eva Linzer war über 30 Jahre Museumspädagogin in der Moritzburg. Die Neugestaltung habe den „Traum aller Museumsdirektoren seit 100 Jahren“ verwirklicht, findet sie.

Stiftung Moritzburg
Kunstmuseum des Landes
Sachsen-Anhalt /Halle
Friedemann-Bach-Platz 5
06108 Halle

Di 10.00-19.00 Uhr
Mi-So 10.00-18 Uhr

www.kunstmuseum-moritzburg.de



Lesen verpflichtet

Kultur als Pflichtaufgabe der Kommunen

■ Wenn für Kunst und Kultur Gesetze eingefordert werden, muss dies schon triftige Gründe haben, schließlich gehören zu diesen Bereichen vielmehr Begriffe wie Freiheit, Kreativität und Individualismus als Gesetze, Verordnungen und Richtlinien. Was bewog also die Linksfraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt, ein Bibliotheksgesetz zu erarbeiten und einzubringen? Zum einen war dies eine unmissverständliche Forderung der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ beim Deutschen Bundestag, ebenso wie des Bibliotheksverbandes. Zweitens sah die Fraktion Handlungsbedarf bei der Entwicklung der Bibliothekslandschaft, der in den Antworten der Landesregierung auf die Große Anfrage der LINKEN zur kulturellen Daseinsvorsorge deutlich wurde. Hier wurde ersichtlich, dass es seit dem Jahr 2002 größere Einbrüche bei der Zahl der Nutzerinnen und Nutzer zu verzeichnen gab, dass zirka 100 Bibliotheken im Land geschlossen wurden und auch dass die Erneuerungsquote mit 5,7 Prozent in Bibliothekseinrichtungen relativ niedrig liegt. Man sollte aber nicht nur schwarz malen, denn es gibt durchaus in Sachsen-Anhalt ein noch gut genutztes Bibliotheksnetz und einen erfreulichen Anstieg bei Kindern bis 12 Jahren, welche bibliothekarische Einrichtungen regelmäßig nutzen. Aber auch das war ein Motiv unserer Fraktion für einen solchen Gesetzentwurf, denn wir wollen vor allem eines: das Bibliotheksnetz in Sachsen-Anhalt erhalten statt weiter auszudünnen. Vor der Einbringung des Gesetzes in das Parlament gab es mehrere Diskussionsveranstaltungen mit Fachverbänden, Kommunal- und Lan-



despolitikern. Hier wurden recht schnell die Konflikte deutlich, auf die man mit einem solchen Vorhaben unweigerlich stößt. Denn die öffentlichen Bibliotheken sind fast ausschließlich in kommunaler Trägerschaft, und wenn das Land, noch dazu per Gesetz, Vorschriften hierzu erlässt, fängt man sich schnell den Vorwurf des Eingriffs in die kommunale Selbstverwaltung ein. Doch wie ist es um die kom-

munale Selbstverwaltung heutzutage bestellt? Viele Erfahrungen machen deutlich, dass dieses hohe Gut vielfach nur noch in der Theorie existiert. Denn die so genannten freiwilligen Aufgaben sind für die Kommunen kaum noch gestaltbar. Immer häufiger greift die Kommunalaufsicht bekanntermaßen in die kommunale Haushaltsplanung ein und fordert zum Konsolidieren auf. Auch deshalb hat DIE LINKE in ihrem Gesetzentwurf Bibliotheken als Bildungseinrichtungen definiert und diese als eine gemeinsame Pflichtaufgabe der Kommunen verankert. Uns ist völlig klar, dass dies nicht mehr Geld in die kommunalen Haushalte spült, es soll aber den Kommunen die Gelegenheit verschaffen, ihre Bibliotheken als für alle Bürgerinnen und Bürger gut erreichbare Bildungseinrichtungen zu sichern. Bewusst wurde die Pflichtauf-

gabe als eine gemeinsame kommunale Aufgabe verankert, denn wir wollen den Dialog zwischen den Kommunen und die daraus resultierende gemeinsame Finanzierung erreichen.

Mit der im Gesetz vorgenommenen Definition von Bibliotheken wird ein bisher rechtsfreier Raum korrigiert. Laut unserem Gesetzentwurf sollen diese Einrichtungen künftig mit verschiedenen Attributen in Verbindung gesetzt werden, die da wären: Bildungseinrichtung, leistungsstark, den Informationsbedürfnissen verpflichtet und barrierefrei. Und noch eins sollen laut unseren Vorstellungen Bibliotheken flächendeckend künftig sein: für Kinder und Jugendliche gebührenfrei. Wir alle können die in der Pisa-Studie deutlich gewordene mangelhafte Lesekompetenz reichlich beklagen. Wir finden, man sollte besser handeln. Und genau dies will DIE LINKE mit ihrem Gesetzentwurf tun. Denn Bibliotheken dienen ganz eindeutig der Leseförderung. Deshalb ist es aus unserer Sicht nur logisch, dass einer Personengruppe wie Kindern und Jugendlichen keine zusätzliche finanzielle Barriere auferlegt, sondern ihr vielmehr ein uneingeschränkter Zugang zu Bibliotheken ermöglicht wird.

Nachdem unser Gesetzentwurf einstimmig in die Fachausschüsse überwiesen wurde, zog die schwarz-rote Koalition eine Landtagssitzung später mit einem weiteren Gesetzentwurf nach, der in vielen Punkten unserem ähnelt. Das gibt der Hoffnung Nahrung, dass wir alsbald in Sachsen-Anhalt zu einem eigenständigen Bibliotheksgesetz kommen werden. Und es zeigt abermals sehr deutlich: DIE LINKE wirkt.



Stefan Gebhardt ist kulturpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE.

Den Löwen am Schwanz ziehen

Hans-Jochen Tschiche zum 80. Geburtstag

„Ein schönes Leben habe ich bis jetzt gehabt“ entgegnete Hans-Jochen Tschiche den Laudatoren auf dem Empfang zu seinem 80. Geburtstag. Ihm zu Ehren hatte der Landtagspräsident Dieter Steinecke zur Feier in den Landtag von Sachsen-Anhalt eingeladen. Weggeführten wie der SPD-Politiker Rüdiger Fickenscher erinnerten an die für den Pfarrer Hans-Jochen Tschiche spannungsreiche Zeit in der DDR. Über 80 Inoffizielle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren mit der Ausforschung und Einschüchterung von Tschiches Familie beschäftigt. Die staatliche Aufmerksamkeit galt dem „Boykottnetz“ Evangelische Akademie, dessen Leiter Hans-Jochen Tschiche 15 Jahre lang war, seinem Friedens- und Demokratieengagement in der DDR-Op-
position.

Tschiche ist unduldsam und von dem, was richtig war und bleibt, überzeugt. Nur mit dieser Selbstsicherheit lässt sich heute sagen, es war spannend „einen Löwen am Schwanz zu ziehen und zu sehen, was passiert.“ Seine Unruhe gegenüber gesellschaftlichem Missstand und gegenüber menschlichem Versagen hat ihn nie verlassen, schenkt man den Schilderungen der Abgeordneten Glauben, die an diesem Abend immer wieder von seiner Wortgewalt im Parlament in den 1990er Jahren berichteten.

Tschiches kritisches Empfinden bleibt allerdings immer mit Hoffnung verbunden und ohne Hass. Er gehörte 1989 zu den Gründern des Neuen Forums, von 1990 bis 1998 war er Fraktionsvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von

Sachsen-Anhalt. Seit 1999 ist er Vorsitzender des Vereins Miteinander, der nicht zuletzt durch seinen Einfluss nunmehr seit 10 Jahren für die Demokratieentwicklung arbeiten kann. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Wulf Gallert würdigte in seiner Ansprache sehr eindringlich Tschiches Rolle in der Entscheidungsfindung zur ersten PDS-tolerierten Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt: „Du hast zwei Menschen an die Hand genommen“ und damit die Gespräche zwischen SPD, Grünen und PDS erst ermöglicht. Ohne Hans-Jochen Tschiche sähe die politische Landschaft in Sachsen-Anhalt ganz anders aus, „das nehmen Dir Etliche auch heute noch übel.“

Hans-Jochen Tschiche bestätigte prompt und begründete sein Tun mit der politischen Einschätzung des Hier und Jetzt. Die Balance zwischen – also die Verwirklichung von „Freiheit und Gleichheit“ stehe immer noch aus. „Der jetzige Löwe ist viel zu fett“, ehe der auf das am Schwanz ziehen reagiere, brauche es weit mehr als in der DDR.

Sehr geehrter Kollege Tschiche, lieber Hans-Jochen,

runde Geburtstage bringen es mit sich, dass der Gratulant sein Alltagsgeschäft anhält und nachdenkt über den Jubilar und sein Verhältnis zu ihm. Dein 80. Geburtstag ist nicht nur Anlass, die üblichen Glückwünsche für Gesundheit, Schaffenslust und Tatkraft, Erfolg und Freude zu formulieren, er verlangt vielmehr, in Erinnerung zu rufen, was Dein Wirken in die Gesellschaft hinein ausmachte und auch heute noch bedeutet. Du hast Theologie studiert, um als Pfarrer zu arbeiten und für Deine Gemeinde da zu sein. Und Deine kirchlichen Tätigkeiten brachten es mit sich, dass der Kreis stets größer wurde, für den Du Verantwortung getragen hast. Es war folgerichtig, dass Du Dich in der Friedensbewegung der DDR engagiertest, Gründungsmitglied des Neuen Forums wurdest und in der Wende am Runden Tisch in Magdeburg mitbestimmtest, wohin die Entwicklung gehen wird. Das anschließende Berufspolitikerleben in Volkskammer, Bundestag und im sachsen-anhaltischen Landtag waren Stationen, in denen Du Dich einbrach-

test mit Deiner Güte, Lebensklugheit und dem Willen zur Versöhnung. Hier schließt sich der Kreis zum Pfarrer.

Es zeichnet Dich aus, dass Du Offenheit einbrachtest und ehrliche Auseinandersetzung fordertest, das ist bis heute so geblieben, und in der Wende und den Jahren des Neubeginns denjenigen die Hand reichtest, die sich glaubwürdig einbringen wollten in den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Wer Deinen Zorn kennenlernte, weiß, dass da einer ist, der sich nicht einlässt auf Oberflächlichkeiten, sondern engagiertes Mittun einfordert, ohne politische Differenzen zu übersehen oder übersehen zu wollen. So wurdest Du einer der Architekten der ersten Regierung Höppner, als die damalige PDS das Tolerierungsmodell ins Gespräch brachte, um die Regierungskrise in Sachsen-Anhalt zu überwinden. So warst Du Moderator eines Dialogs über Parteigrenzen hinweg für das Wohl des Landes und seiner Menschen.

Es wird Dich nicht verwundern, wenn ich schließlich an Dein Engagement für Tole-

ranz und Weltoffenheit im Verein „Miteinander“ erinnere, das bis heute ungeboren ist. Du hast den Vereinsvorsitz übernommen als es galt, nicht nur Zeichen zu setzen gegen Rechts, sondern praktisch zu handeln und Strukturen aufzubauen, die eine zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut, Gewaltbereitschaft und Rechtsextremismus ermöglichen und stärken.

In all Deinem Handeln erkennt man den Christen, den Streiter für eine menschliche Welt.

Dafür möchte ich mich, auch im Namen meiner MitstreiterInnen in der Fraktion, heute bei Dir bedanken. Dein Rat, Deine ausgestreckte Hand zum Mittun waren und sind mir wichtig. Ich wünsche Dir noch viele glückliche Jahre und wünsche mir, dass Du ein offenes Ohr für mich hast, wenn ich Deine Hilfe brauche.

Dein

Wulf Gallert

Magdeburg, 10.11.2009

Chile 1989 – Rückkehr zur Demokratie?

■ Der Putsch 1973 in Chile beendete eine der wenigen demokratischen Traditionen in Lateinamerika. Es folgten Jahre des Terrors und Angst unter der Diktatur von Augusto Pinochet, der auf der Höhe seiner Macht 1980 eine neue Verfassung durchbrachte, die zwar seine Regierung legitimieren sollte, aber auch ein Referendum acht Jahre später in Aussicht stellte, bei dem die Chilenen über die Einsetzung einer Zivilregierung für das Jahr 1989 abstimmen können sollten.

Bereits gegen Ende der 1970er Jahre entstanden Meinungsverschiedenheiten in der Führungsspitze der Militärjunta über den weiteren Kurs. General Leigh forderte für die Kontinuität des Regimes die Wiederherstellung von Gewaltenteilung, Parteiensystem und Wahlregistern. Für diese Haltung wurde er 1978 entlassen. Doch Pinochet lavierte geschickt zwischen Hardlinern und Reformwilligen. Er kündigte einen kontrollierten Übergang zu einer Demokratie in mehreren Etappen an. So gesehen erschien die neue Verfassung Anfang der 1980er Jahre als Liberalisierungstendenz. Es ist jedoch zweifelhaft, ob tatsächlich eine Öffnung zur Demokratie beabsichtigt war, da keine Festlegung über Räume oder Mechanismen für demokratische Repräsentation in der Übergangsphase geschaffen wurde. Wahrscheinlich ist eher, dass eine Demokratisierungsdynamik entstand, die nicht intendiert war. Die Absage, die das Regime schließlich erlitt, resultierte aus einer falschen Lagebeurteilung.

Dennoch gab es zur damaligen Zeit in der Opposition keine gemeinsame Vorstellung, wie ein demokratischer Übergang zu bewerkstelligen wäre. Während sich ein Teil für die Akzeptanz der Spielregeln Pinochets aussprach, waren viele der Meinung, damit unmöglich eine reale Chance für die demokratische Erneuerung zu haben. Mehrere Verhandlungen vor allem der Christdemokraten und der Kirche scheiterten an Pinochets Unwillen, überhaupt zu verhandeln. Das Regime fühlte sich zu keiner Zeit in der Defensive, auch

mit dem Bewusstsein, aufgrund seiner bisherigen wirtschaftlichen Erfolge weiten Rückhalt in der Mittelschicht zu haben. Als 1982 eine schwere Wirtschaftskrise spürbar wurde, nahm der zivile Widerstand zu und die Opposition fand eine beschränkte Anerkennung als Verhandlungspartner. Im Laufe des Jahres 1987 akzeptierte die Opposition schließlich den durch das Regime vorgegebenen Rahmen und gab am 2. Februar 1988 die Gründung einer Einheitsfront bekannt, die Concertación de Partidos para el NO (Zusammenschluss der Parteien für ein Nein). Diese Allianz aus 16 Parteien, die jedoch Kommunisten und einige sozialistische Dissidenten ausschloss, war gegründet worden, um Pinochet eine Niederlage beim Referendum beizubringen.

Dies gelang am Abstimmungstag, dem 5. Oktober 1988. Doch der Sieg war nur ein erster Schritt, denn vorgeschrieben war nun, dass im folgenden Jahr allgemeine Wahlen zu folgen hatten. Diese wurden für Dezember 1989 angekündigt. Es begannen sofort nach dem Referendum Verhandlungen um Zugeständnisse für einen erfolgreichen demokratischen Übergang, aber die Position der alten Machteliten war trotz des verlorenen Plebiszits so stark, dass es der Opposition kaum gelang, ihre Vorstellungen umzusetzen. Eine erneute Verfassungsreform war unmöglich, doch man einigte sich auf punktuelle Änderungen. Damit begnügte sich die Opposition aufgrund von Befürchtungen, das Regime könnte doch noch den eingeschlagenen Kurs ändern. Man hegte die trügerische Hoffnung, die Hindernisse nach einem Regierungswechsel rasch legal aus dem Weg schaffen zu können. Die Monate bis zu den Wahlen nutzte jedoch das Regime, um Sicherheitsmechanismen zu schaffen, die ihrerseits ungewünschte Veränderungen unmöglich machen sollten. Auf vier Gebieten sollte die Macht des Militärs und seiner Anhänger gesichert bleiben: auf politischem, rechtlichem und ökonomischem Gebiet, zudem sollte der Autonomiestatus gewahrt bleiben.

Im Dezember 1989 gewann der Kandidat der Concertación Patricio Aylwin die Wahlen gegen den rechten Kontrahenten Hernán Büchi, Pinochets ehemaliger Finanzminister. Und Aylwin stand nun vor der Aufgabe, trotz der nahezu ungebrochenen Macht des Militärs und der Justiz, trotz autoritärer Enklaven, trotz einem Amnestiegesetz, das Straflosigkeit der Täter von Menschenrechtsverbrechen sicherte, und trotz der Verfassung von 1980, den Fortbestand des demokratischen Kurses zu sichern, ohne dass sich das Militär in Bewegung setzte. Dies war die Herausforderung, die sich schon am Wahltag im Dezember 1989 abzeichnete und sich mit seinem Amtsantritt im März 1990 als bittere Wahrheit herausstellte.

Wie der demokratische Übergang trotzdem gelang, lesen Sie im folgenden KLARTEXT 1.2010.



Jenny Schulz ist seit 2008 Landesgeschäftsführerin der LINKEN in Sachsen-Anhalt.

Erste wirklich „Große Koalition“ in Brandenburg

Die SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg ist eines nicht: ein „rot-rotes Projekt“, das über die Jahre aus inhaltlicher Nähe zusammen gewachsen, in gemeinsamen Auseinandersetzungen mit Dritten gereift ist und dabei schließlich die Hegemonie für ein Umbau-Projekt erobern konnte. (Wahl-)programmatische Gemeinsamkeiten gibt es schon seit fast zwei Jahrzehnten – doch bislang führten sie die SPD im Zweifel doch stets in Koalitionen mit anderen Parteien. Gravierende Differenzen wie etwa zu Hartz IV trieben beide Parteien in den letzten Jahren eher auseinander als zusammen.

Rot-Rot ist die erste wirklich „Große Koalition“ in Brandenburg. SPD und LINKE vereinigen rund 60 Prozent der Zweitstimmen auf sich und sie stellen im Landtag 57 von 88 Abgeordneten. Große Koalitionen werden aber nicht geschmiedet, um einer zahlenmäßigen Übermacht zum Durchbruch zu verhelfen.

Richten sie

sich nicht als Notgemeinschaften gegen politische Extremisten (wie in Österreich gegen die FPÖ/BFÖ) so werden sie geschlossen, um ein möglichst breites Spektrum der Gesellschaft auch über Lagergrenzen und kulturelle Gräben hinweg politisch zusammenzuführen – um besondere Herausforderungen zu meistern, eine Krise zu bewältigen.

Trifft das auf die SPD-LINKS-Koalition in Brandenburg zu? Und was bedeutet es?

Im Koalitionsvertrag wird schon eingangs als entscheidender aktueller Kontext die aktuelle Finanz- und Wirtschafts-Krise benannt. Dazu hatte es bereits im Vorfeld der Wahlen eine gewisse Annäherung zwischen LINKEN und SPD gegeben. Beide Parteien sind sich jetzt einig, dass die Krise auch darin wurzelt, dass grundlegende Werte der freiheitlichen Gesellschaft, des Gemeinsinns und der sozialen Verantwortung selbst und in ihrer Wechselwirkung missachtet wurden. Sie schlussfolgern daraus, „dass der moderne Sozialstaat eine zivilisatorische Er-

runtschaft ist, die verteidigt und – gerade deshalb – immer wieder erneuert werden muss. Die Koalition und die neue Regierung werden dazu ihren Beitrag leisten.“ Ein solcher Konsens war mit der CDU in Brandenburg nicht absehbar.

Die SPD-LINKS-Koalition ist sich darüber hinaus über eine ganze Reihe von konkreten Herausforderungen an politisches Handeln im Land einig. Damit geht insbesondere für die SPD eine Neubewertung der Lage im Land wie auch der Entwicklungen der letzten 20 Jahre einher. Das betrifft im einzelnen die

- dass auch nach der Systemtransformation Menschen ihre Lebensperspektive verloren,
- dass Armut im Lande besteht und bekämpft werden muss,
- dass die Zukunft des Landes nicht in Deregulierung und Abbau von Sozialstaat und öffentlicher Daseinsvorsorge, sondern in sozialer und ökologischer Erneuerung des Industriestandortes besteht,
- dass der Sozialstaat seine alten Aufgaben nicht verliert, aber neue dazu bekommt. Dass er als zivilisatorische Errungenschaft verteidigt werden muss,
- dass soziale Gerechtigkeit keine Klientelpolitik, sondern eine Generationenaufgabe ist, die Investitionen im umfassendsten Sinne erfordert: Gute Bildung für alle von Anfang an.

Die Koalition wird von der Absicht getragen, „unser Land zusammenzuführen“ und „aus der Vielfalt der Brandenburger Gesellschaft heraus“ zu handeln. Wie weit das Spektrum reicht, das unter dem Dach dieser Koalition erfasst ist, machen gerade die heftigen Reaktionen innerhalb der SPD deutlich, zeigt der Widerstand der durch die Ablehnung der SED geprägten Gründergeneration und ihrer Anhänger. Um so wichtiger ist die Passage in der Präambel, die die gemeinsamen Wurzeln der SPD und unserer erneuerten Partei in der friedlichen Revolution von 1989/90 heraus stellt.

Hier geht es nicht um deklarierte „Ausöhnung“ oder gar um einen „Schlussstrich“, sondern um das Zusammenfinden in einer gemeinsamen politischen Aufgabe. Soziale Milieus, die von Werten der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Ausgleichs getragen, aber durch ihre Vergangenheit und ihr Verhältnis zur Vergangenheit getrennt sind, sollen im Interesse von Gegenwart und Zukunft zusammen geführt werden. Und das, ohne neue politische oder kulturelle Ausgrenzung hervorzurufen – sondern um neuen, breiteren Gemeinsinn zu stiften.



Dr. Thomas Falkner

ist Referent für Grundsatzfragen in der LINKEN Landtagsfraktion in Brandenburg.

Odo von Aktenrath

Abgeordneter im Ruhestand

Lieber, sehr verehrter Freund,

gestatten Sie mir heute einen kleinen Blick zurück. Noch immer verfolgen mich dicht plakatierte Straßen und Alleen, wie wir sie noch vor wenigen Wochen bewundern konnten. Otto Fürst von Bismarck stellte dereinst fest: „Es wird niemals so viel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd.“ Nun geht es mir noch gar nicht so sehr um das Problem gebrochener und vergessener Wahlversprechen, das Problem der Lüge also. Nein, noch weit davor bewegt mich etwas völlig Anderes. Was wurde uns da nicht alles angeboten: „Wir haben die Kraft“, „Anpacken. Für unser Land.“, „Mehr Netto vom Brutto.“, „Reichtum für alle.“, „ES GEHT UMS GANZE!“, „Freiheit ist keine Randnotiz“, „Faire Steuern wählen.“, „MEHR E-WAGEN“ – es soll genügen ... Ich kann nicht anders, ich empfinde das alles als intellektuelle Beleidigung. Da beklagen Parteistrategen und unsere Spitzenpolitiker die immer weiter ansteigende Wahlabsistenz, die Krokodilstränen fließen geradezu literweise. Die eigene Politik sei nicht richtig erklärt worden, so schallt es in die Mikrofone, die Darstellung in den Medien sei völlig verzerrt, die Segnungen des eigenen Wahlprogramms würden so wenig gesehen wie der drohende Untergang des Landes, sollten gar die anderen gewinnen. Mit all diesen Ritualen werden wir immer und immer wieder geistig misshandelt, dabei ist die Botschaft doch eigentlich sehr einfach und irgendwie immer gleich: Das Wahlvolk ist einfach zu blöd, es versteht rein gar nichts. Nach meinem bescheidenen Dafürhalten ist wohl eher das Gegenteil der Fall. Das angeblich so blöde Wahlvolk begreift sehr wohl und zunehmend besser, was da mit ihm veranstaltet, wie es veralbert wird. Wer um alles in der Welt soll sich denn an solch sinnentleerten hohlen Phrasen orientieren, wie sie uns allerorten entgegenschlugen? Nein, das viel gescholtene Wahlvolk ist mitnichten blöd, es begreift immer besser, dass es schlicht nicht ernst genommen wird. Es ist des Umstandes leid, dass ihm beständig das Blaue vom Himmel oder das Grüne von den Bäumen versprochen wird.

Und es stellt die Quittung aus, es straft die Politikakteure mit Nichtbeachtung. Die Leute würden wohl gerne „Faire Steuern wählen.“ oder „Anpacken. Für unser Land.“ – nur wissen sie halt, dass sie gar keine Wahl haben, weder mit noch ohne Stimmzettel. Ich bin überzeugt, die Menschen wollen sich sehr wohl engagieren, nur finden sie dafür keinen geeigneten Platz. Erstarrte Parteienrituale begeistern wenig, Polemik und Arroganz ersetzen Argumente, repräsentative Demokratie verkommt immer mehr zu aufwendiger Repräsentation – ich bin mir sicher, das werden sich die Leute auf Dauer nicht mehr gefallen lassen. Ich bin da guter Dinge, bin ich doch vom demokratischen Potential in unserem Lande zutiefst überzeugt. Das wird sich Wege bahnen, nicht über französische Barrikaden, nicht über ein „Yes, we can!“ oder ein „Change“. Auch eine Volksentscheid-Schwemme á la Schweiz wird es wohl nicht sein, aber dass die Dinge so nicht bleiben, wie sie sind, da bin ich mir sicher. Die Wege werden sich umkehren, von unten nach oben führen, und sie werden nicht mehr so lang sein. Wenn Entscheidungen endlich dort fallen, wo die von ihnen Betroffenen sind, dann ist ein erster Schritt der Veränderung getan, ich jedenfalls vertraue darauf.

Lieber Freund, nun muss ich Ihnen noch etwas mitteilen. Meine Reflektionen und Betrachtungen aus der Provinz finden heute ihr Ende, ich hoffe sehr, Sie sehen mir das nach. Ich will mich noch ein wenig in dieser Welt umsehen, für den Altersruhesitz ist es mir noch gar zu zeitig. Und zugleich erspare ich damit meinen Nachfahren ein großes Ärgernis – sie werden keine Erbschaftssteuer zahlen müssen. Das ist doch auch etwas!

In ganz herzlicher Verbundenheit Ihr v. Aktenrath

Termine

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt
Bildungstag Bernburg 2009

„Perspektivwechsel 1989 – Der Außerordentliche Parteitag der SED/PDS“

**Samstag, den 5. Dezember 2009,
in Bernburg, Ratssaal der Hochschule
Anhalt, Strenzfelder Allee 28**

Programm:

10.30 Uhr

Begrüßung: Matthias Höhn,
Landesvorsitzender der LINKEN

„Bildungsarbeit in der LINKEN“
Friedrich Schütz, KV Salzlandkreis

10.40 Uhr

Eröffnungsvortrag mit Diskussion

Reformdiskurse in der SED und ihr
Scheitern

Dr. Rainer Land, Thünen-Institut für
Regionalentwicklung e.V.

12.00-12.45 Uhr

Mittagspause

12.45-14.15 Uhr

Podium mit Diskussion

Roland Claus, Umbruch und Aufbruch 1989
Dr. Manfred Sohn, 1989 für die dogmatische
Westlinke

David Begrich, Parallelwelten im
Herbst 1989

Moderation: **Birke Bull**

14.15 Uhr

Ausblick

Matthias Höhn

Anmeldung und Infos

Anke Lohmann, Tel. 0345 202 55 83

Bildnachweis

- © Nicemonkey – Fotolia.com (Titel)
- © Harald07 – Fotolia.com (5)
- © Peggy Krößmann, Peer Pallesche (6)
- © Martina Berg – Fotolia.com (8)
- © Dario Sabljak – Fotolia.com (9)
- © privat (10)
- © Tadija Savic – Fotolia.com (11)
- © Viktoria Kühne (7, 13)



„Schlimmer als Krieg“

Der amerikanische Politologe Daniel Jonah Goldhagen hatte vor gut zwölf Jahren mit dem Buch „Hitlers willige Vollstrecker“ eine Historiker-Debatte ausgelöst, die auch die breite Öffentlichkeit über die Ursachen von Antisemitismus und Holocaust diskutieren ließ. In diesem Jahr ist im Siedler Verlag das knapp 700 Seiten starke Werk „Schlimmer als Krieg“ erschienen. In seiner jüngsten Veröffentlichung befasst sich Goldhagen wieder mit politischen Massenmorden, die er „Eliminationismus“ nennt und vom „Völkermord“ abgrenzt. Er geht an konkreten Beispielen aus Geschichte und Gegenwart Fragestellungen nach dem „Warum“ und „Wie“, nach Tätern und „Lösungen“ nach. Sein Einstieg ist der Atombombenabwurf in Hiroshima, vom Massenmörder Truman spannt er den Bogen über die Weltgeschichte und kommt schließlich zu Vorschlägen, wie man die neuen Bedrohungen verhindern kann. Und diese sind bizarr (aber seit der Bush-Ära auch real), nämlich das Außerkraftsetzen der Rechtstaatlichkeit bis hin zu Kopfgeld in Wildwest-Manier. Da es sich um ein „Debatten-Buch“ (wie der Verlag schreibt) handelt, sollte man die profunde Zusammenstellung zum Thema Völkermord lesen, aber zu anderen Schlüssen als der Autor kommen.

Daniel J. Goldhagen

Schlimmer als Krieg – Wie Völkermord entsteht und wie er zu verhindern ist

Siedler München 2009, 688 Seiten, 29,95 Euro, ISBN: 978-3-88680-698-0



„Ruhm“ – Neun Puzzle-Elemente bilden einen postmodernen Roman

Daniel Kehlmann gehört mit der „Vermessung der Welt“ zu den erfolgreichsten deutschen Autoren dieses Jahrzehnts. Mit seinem Roman über den Universalgelehrten Alexander von Humboldt und den Mathematiker Gauß hat er monatelang mit einem anspruchsvollen und geistreichen Werk die so genannten „Bestseller-Listen“ erobert, wo sonst häufig eher zweifelhafte Unterhaltungsliteratur aufgelistet ist.

Kehlmann (Jahrgang 1975) hat seinem jüngsten Werk nun den (ironischen) Titel „Ruhm“ gegeben, hier sind neun Erzählungen miteinander verwoben. Ob man dies einen „Roman“ nennen kann, mögen die Literaturwissenschaftler entscheiden. Wichtig ist aber, wie er pointiert und fesselnd in seinen kurzen Geschichten Episoden aus unserer Gegenwart schildert. Verbindend sind einige Personen, die immer wieder auftauchen und das Handy, das in allen Szenen mehr oder weniger große Bedeutung hat. Es geht um Sterbehilfe und Selbstmordphantasien, um Betrug, Literatur und Internet-Sucht. „Ruhm“ ist ein Puzzle-spiel eines großen Erzählers. Die Figuren agieren im E-Mail- und Handyzeitalter in echten und virtuellen Räumen, die Sozialkontakte sind unverbindlich und spiegeln aber auf überraschende Weise unsere Wirklichkeit. Gute und zeitgemäße Literatur.

Daniel Kehlmann

Ruhm. Ein Roman in neun Geschichten.

Rowohlt, Reinbek bei Hamburg 2009, 203 Seiten, 18,90 Euro, ISBN 3-498-03543-6